



**Wirtschaftsverband Stahl-
und Metallverarbeitung e.V.**

Für eine starke und wettbewerbsfähige Europäische Union

Die EU - und insbesondere der gemeinsame Binnenmarkt - stellen eine wesentliche Grundlage unseres heutigen Wohlstands dar. Sie fortzuentwickeln und zu stärken, ist in unser aller Interesse. Die deutsche Stahl- und Metallverarbeitung ist in hohem Maße exportabhängig und mit den internationalen Märkten eng verflochten.

Die noch amtierende EU-Kommission hat besonderen Wert auf die Transformation der Industrie gelegt und verfolgt das Ziel der Klimaneutralität mit vielen legislativen Maßnahmen wie z.B. dem Green Deal. Neben der ökologischen Nachhaltigkeit werden Unternehmen auch auf Ziele der sozialen Nachhaltigkeit verpflichtet. Die WSM-Industrien unterstützen diese Ziele und haben sich selbst auf den Weg der Transformation begeben. Die kommende EU-Kommission sollte diese Anstrengungen fortführen, sie muss sich aber in der anstehenden Legislaturperiode viel intensiver auf die Wettbewerbsfähigkeit der Europäischen Industrien konzentrieren. Die europäische Industrie steht in einem deutlich zunehmenden Wettbewerb zu den USA, China sowie Indien und droht, den Anschluss zu verlieren. Die EU-Institutionen müssen den Fokus ihres Handelns darauf richten, dass die europäischen Industrien in diesem Wettbewerb in jeder Hinsicht bestehen können.

Eine klare Industriestrategie erfordert eine klare Priorisierung. Die EU muss sich auf die wirklich großen Zukunftsfragen konzentrieren und sich auf die Bereiche beschränken, die auch tatsächlich allein auf europäischer Ebene sinnvoll gelöst werden können. Überregulierung und kleinteilige Regelwerke lähmen die Betriebe, verhindern Investitionen und schaden dem Standort. Anstatt den Unternehmen zu misstrauen, sollte die EU wieder Vertrauen in die Wirtschaft mit ihren vielen großen und kleinen, innovativen und leistungsfähigen Betrieben haben.

Die Prioritäten der Europäischen Institutionen müssen sein:

1. Die globale Wettbewerbsfähigkeit der Europäischen Wirtschaft gegenüber den USA und Asien muss in allen Bereichen sichergestellt werden.
2. Die bürokratischen Belastungen der Europäischen Wirtschaft müssen durch eine bessere Rechtsetzung und durch eine mittelstandsfreundlichere Wirtschaftspolitik deutlich reduziert werden.
3. Die Transformation muss zu einem erfolgreichen Geschäftsmodell werden, Technologieverbote darf es nicht geben.
4. Eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik und der Abschluss von Freihandelsabkommen müssen vorangetrieben werden.
5. Der europäische Energiebinnenmarkt muss vertieft werden und zu einer europaweit sicheren und klimafreundlichen Energieversorgung zu global wettbewerbsfähigen Kosten beitragen.

Höchste Priorität globale Wettbewerbsfähigkeit

Die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wirtschaft muss die höchste Priorität auf den politischen Agenden aller EU-Institutionen bekommen. Denn Wettbewerbsfähigkeit ist Voraussetzung dafür, dass Ziele in der Umwelt-, Klima- oder Sozialpolitik überhaupt erreicht werden können. Und dafür, dass die Unternehmen weiterhin in Arbeitsplätze und Innovationen investieren können. Wettbewerbsfähigkeit darf daher nicht hinter anderen Themen zurückstehen, sie ist Grundlage für alles andere und muss daher klar Vorfahrt haben.

Die EU-Gesetzgebung ist auf das notwendige Maß zu beschränken. Wenn Regelungen tatsächlich erforderlich sind, dürfen diese die Wettbewerbsfähigkeit nicht behindern. Die Prüfung der Wettbewerbsfähigkeit in der EU-Gesetzgebung muss integraler Bestandteil jeder Folgenabschätzung werden.

Die EU darf das Ziel der Steigerung des Industrieanteils in den Mitgliedstaaten nicht aufgeben. Wir brauchen ein generelles Industriewachstum, jeder Form der Deindustrialisierung muss entschieden entgegengewirkt werden. Denn ein hoher Industrieanteil stabilisiert Wertschöpfungsketten und Volkswirtschaften insgesamt, sorgt für ein hohes Maß an Resilienz und verhindert Abhängigkeiten. Die Industrie schafft die für die Transformation notwendigen Technologien.

Bessere Rechtssetzung und Belastungsstopp einführen – Mittelstand stärken

Ständig neue Berichtspflichten und Beschränkungen sowie eine zunehmende Regelungsdichte belasten gerade den Mittelstand stark. Die EU-Politik muss sich einen klaren mittelstandspolitischen Kompass geben. Dringend erforderlich ist eine deutliche Verringerung bürokratischer Belastungen. Für notwendige Regelungen müssen verbindliche KMU-Tests im Rahmen der Folgenabschätzung und wirksame Kontrollen durch den Mittelstandsbeauftragten erfolgen.

Die EU-Mittelstandsdefinition muss z. B. durch die Einführung von MidCaps verbreitert, Finanzierungsmöglichkeiten erleichtert und Innovationsförderung anwenderfreundlicher werden.

Das von der EU-Kommission eingeführte „One-in, One-out“-Prinzip muss für alle EU-Politikbereiche verankert und ab sofort konsequent, wirkungsvoll und deutlicher spürbar umgesetzt werden. Ausnahmen vom Anwendungsbereich sind besonders eng zu fassen, und die Einhaltung des Prinzips muss konsequent überwacht werden. Insbesondere im Umweltrecht braucht es mutige politische Entscheidungen, um Vorgaben und Regelungen auf ein sinnvolles Maß zu beschränken.

Die Transformation mit Industriewachstum verbinden

Die Transformation gelingt nur mit einer starken Industrie. Als „Enabler“ ist es die Europäische Industrie, die klimafreundliche Technologien entwickelt und zur Marktreife treibt. Die EU muss

dafür sorgen, dass die Standortbedingungen für neue Technologien und Investitionen attraktiv bleiben. Strategisch wichtige Schlüsseltechnologien müssen in Europa zunächst aufgebaut und dann auch gehalten werden.

Damit Transformation gelingt, bedarf es der Entwicklung und Anwendung innovativer Technologien. Statt auf Verbote muss vielmehr auf Technologieoffenheit gesetzt werden – also das Ringen um die tatsächlich besten, nicht die politisch gewünschten Lösungen.

Die EU muss den Green Deal industriepolitisch flankieren. Es gilt, Industrien bei der Transformation zu unterstützen, den Markthochlauf von Net-Zero-Technologien anzureizen und Genehmigungsverfahren zu beschleunigen. Insgesamt sollte der Green Deal auf seine Wirkungen auf den Wirtschaftsstandort überprüft werden.

Die Vorteile der Europäischen Union besser nutzen - eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik und den Abschluss von Freihandelsabkommen vorantreiben

Der Vorteil der EU liegt darin, ihren Mitgliedsstaaten eine globale Bedeutung zu geben. Nur ein starkes und geeintes Europa kann den globalen Wettbewerb insbesondere mit den USA und Asien aufnehmen. Eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik kann unser Leben sicherer machen. Darin liegt die Stärke der EU und nicht darin, mit vielen kleinteiligen Vorschriften den Binnenmarkt zu regulieren.

Die EU muss den freien, regelbasierten Welthandel fördern und sich gleichzeitig handelspolitisch im globalen Wettbewerb mit den USA und Asien positionieren. Industrielle Wertschöpfung muss in der EU gehalten werden. Die EU muss auf strategische Maßnahmen der USA und Chinas im globalen Wettbewerb um industrielle Wertschöpfung angemessen reagieren.

Schutzzölle dürfen nur dann greifen, wenn diese regelkonform sind und legitimen Zielen dienen. Klimazölle führen nicht zu mehr Klimaschutz in der Welt.

Ausstehende Freihandelsabkommen müssen endlich abgeschlossen und neue aufgenommen werden. Dies gilt insbesondere für Abkommen mit den Mercosur-Staaten und mit den USA. Handelsabkommen dürfen nicht überfrachtet werden. Unsere Werte für Soziales und Umwelt müssen sich dort wiederfinden, aber gleichzeitig darf das Thema Handel nicht mit sachfremden Themen überfordert und die vielfältigen Chancen des Handels nicht aufs Spiel gesetzt werden. Neue Initiativen für Handel und Investitionen müssen auf den Weg gebracht werden. Die EU sollte eine Führungsrolle zur Stärkung des multilateralen Handelssystems übernehmen. Dabei sollte ein Augenmerk darauf liegen, die Komplexität internationaler Handelsregeln zu vereinfachen und KMU-gerechter zu gestalten.

Europa muss Energie- und Rohstoffallianzen mit afrikanischen, lateinamerikanischen und asiatischen Partnern schmieden. Auch in bestehenden Partnerschaften gilt es, diesen Aspekt zu stärken. Zudem müssen Projekte zu Förderung, Weiterverarbeitung und Recycling strategischer Rohstoffe auf den Weg gebracht werden.

Den Energiebinnenmarkt vertiefen

Die EU muss den europäischen Energiebinnenmarkt weiter vorantreiben und die dafür notwendige Infrastruktur unterschiedlicher Energieträger (neben Strom und Gas auch Wasserstoff) eng miteinander verzahnen. Der weitere Auf- und Ausbau dieser europäischen Energieinfrastruktur ist überfällig. Dafür braucht es bei der Infrastrukturplanung deutlich mehr wirksame Koordination und eine echte Zusammenarbeit auch und gerade zwischen den Mitgliedstaaten.

Die EU muss ihren Beitrag zu international wettbewerbsfähigen Strompreisen leisten und alles dafür tun, das Angebot auf dem Strommarkt zügig auszuweiten. Dazu gehört auch der schnellere Ausbau der erneuerbaren Energien, insbesondere durch schnellere Planungs- und Genehmigungsverfahren. Erforderlich ist auch der rasche Ausbau von Back-up Kapazitäten, um die jederzeitige Versorgungssicherheit zu gewährleisten. Die Nutzung von Kernenergie spielt dabei eine wichtige Rolle.

Die bestehenden Beihilferegelungen müssen reformiert und Beihilfeverfahren deutlich beschleunigt werden. Der Zugang zu Unterstützungsmaßnahmen für Unternehmen muss vereinfacht werden.

EU-Recht muss stets und überall 1:1 umgesetzt werden (kein Gold-Plating).

März 2024